Abonnementspreis
für Bielefeld, sowie bei sämtlichen Agenturen frei ins Haus gebracht 1,50 Mk. vierteljährlich; durch die Post bezogen 1,80 Mk.
Einzelnummer 10 Pfennig.

Erscheint wöchentlich sechsmal als Abendzeitung.

Für die Redaktion verantwortlich: **Karl Hoffmann in Bielefeld.**

Volkswacht

Organ für das arbeitende Volk.

Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße 20.

Insertionspreis
für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 12 Pfg.
Bei größeren Aufträgen und Wiederholungen Rabatt.

Annoncen-Annahme bis **10** Uhr vormittags.

Druck und Verlag der **Buchdruckerei und Buchhandlung „Volkswacht" Schumann & Co., Bielefeld.**

Nr. 127. **Bielefeld, Mittwoch, 3. Juni 1896.** **7. Jahrgang.**

Deutscher Reichstag.

95. Sitzung vom 2. Juni 1896, 2 Uhr.

Präsident von Buol eröffnet die Sitzung.

Am Bundesratstische: von Bötticher, von Marschall, Graf v. Posadowsky, Dr. Kayser u. A.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung eines Nachtragsetats für die vierten Bataillone, in Verbindung mit den Nachtragsetats für die Schutzgebiete und in fernerer Verbindung mit der ersten Beratung eines Gesetzes betr. die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Verwaltungen des Reichsheeres, des Auswärtigen Amtes, sowie der Reichspost- und Telegraphenverwaltung.

Abg. Dr. Hasse (natl.) wünscht die Ueberweisung des Nachtragsetats für die vierten Bataillone an die Budgetkommission, ebenso diejenige der übrigen Nachtragsetats. Er bedauere, daß für die Unterstützung deutscher Schulen im Auslande keine Summe eingestellt sei. Gegen die Uebertragung der Reichshoheit an Neu-Guinea habe ein Teil seiner Freunde Bedenken.

Abg. Müller-Fulda (Zent.) ist im Prinzip mit der Vorlage einverstanden, hält aber eine genaue Prüfung der Einzelheiten in der Kommission für dringend notwendig. (Die übrigen Ausführungen des Redners bleiben auf der Tribüne total unverständlich.)

Abg. Dr. Barth (freis. Vg.) Die Vorredner hätten nur gegen einzelne Bestimmungen des Vertrages Bedenken, er müsse weiter gehen und könne unter keinen Umständen die Uebernahme der Reichshoheit über Neu-Guinea gutheißen. Das Prinzip der Vorlage widerspreche dem Geiste der Bismarck'schen Kolonialpolitik, wonach nicht die Bureaukratie, sondern der handeltreibende Kaufmann das herrschende Element in den Kolonien sein solle. Die Neu-Guineakompagnie solle die Hoheit ruhig behalten, das Reich habe gar keine Veranlassung, die Kompagnie abzulösen, denn heute könne die Kolonie noch aufgegeben werden; habe sich erst das Reich engagiert, dann sei keine Möglichkeit gegeben, die Last wieder von sich abzuwälzen oder die Kolonie eingehen zu lassen. Das Reich mache noch dazu bei der Ablösung ein schlechtes Geschäft, und wenn es sich auch nur um vier Millionen handele, so sei kein Grund zur Ausgabe dieser Summe vorhanden. Das beste wäre es, die ganze Kolonie schon jetzt aufzugeben, die Hauptinsel sei für die Kolonisation gar nicht geeignet. Immerhin sei es noch besser, den bisherigen Zustand fortdauern zu lassen, als dem Reiche neue Lasten aufzubürden.

Abg. Graf v. Arnim (Rp.): Sowie hier von Kolonialpolitik die Rede ist, hören wir die dunkelsten Prophezeiungen. Nun hat Neu-Guinea, das ist zuzugeben, kein besonders gutes Klima. Aber es würde doch einen kläglichen Eindruck machen, wenn das deutsche Reich sich außer Stande erklärte, die Kolonie zu übernehmen. Herr Barth hat dieselbe Rede gehalten, die wir schon von Herrn Dr. Bamberger gehört haben, der der Kolonialpolitik so viel geschadet hat. Der Vertrag ist in seinen Einzelheiten genau zu prüfen und so zu gestalten, daß die Regierung für den Fall der Ertragsfähigkeit der Kolonie ihren Anteil am Gewinn erhält. Im Prinzip ist aber die Uebernahme der Reichshoheit nur zu billigen.

Abg. Richter (freis. Vp.): Ich würde Herrn Grafen Arnim in seinen Phantasien nicht stören, wenn er nur nicht Geld für seine Phantasien vom Reiche verlangte. (Heiterkeit.) Unsere dunklen Prophezeiungen haben sich stets bewahrheitet, die Wirklichkeit war sogar immer noch dunkler. (Heiterkeit.) Wir haben im Innern viel dringendere Ausgaben, als die Uebernahme der Reichshoheit, zu bewältigen und absolut kein Geld, um es ins Wasser zu werfen. Hätten wir gethan, was Herr Bamberger uns geraten, wir hätten heute 40 Millionen Mark, viel Menschenleben und alle die blutigen Nasenstüber erspart. Die Forderungen in diesem Nachtragsetat sind geradezu naiv zu nennen; man glaubt eben von diesem Reichstag in Kolonialsachen alles bewilligt zu erhalten. Bis 1892 hat das Reich ja die Hoheit in Neu-Guinea schon besessen, man hat sie damals der Neu-Guineakompagnie übertragen. Jetzt will man sie wieder übernehmen, ohne daß sich der geringste Grund dafür anführen läßt. Graf Arnim scheint zu hoffen, daß, sei erst einmal ein Landeshauptmann eingesetzt, das Tropenklima gesunder werden wird. Das ist aber nicht so leicht (Heiterkeit) und alle, die solche Versuche gemacht haben, sind daran gestorben. Ich habe auch keine Neigung, in Neu-Guinea preußische Reglementierung einzuführen. Wie die Debatte gezeigt hat, ist die Annahme dieser Position aussichtslos, ich halte deshalb auch eine Beratung in der Budgetkommission für überflüssig. Haben Sie doch Mitleid mit der Budgetkommission und lehnen Sie die Forderung in der zweiten Lesung im Plenum ab. (Heiterkeit und Beifall links.)

Kolonialdirektor Dr. Kayser begrüßt den Vorschlag des Abg. Müller-Fulda, die Vorlage der Budgetkommission zu überweisen, mit Freuden, es würden sich dort hoffentlich alle Schwierigkeiten beseitigen lassen. Die Verhältnisse in den Kolonien hätten sich seit der Erwerbung derselben sehr geändert. Anfangs wollte man dort nur Geld erwerben, manchmal sogar mit nicht ganz einwandsfreien Mitteln. Jetzt sei das anders, und die Gesellschaften treten jetzt freiwillig ihre Hoheitsrechte ab. Auch in England sei man jetzt zu der Ueberzeugung gekommen, daß es nicht angehe, Privatgesellschaften mit so weitgehenden Befugnissen auszustatten. Die Rechtsverhältnisse in Neu-Guinea lassen viel zu wünschen übrig. Die Kompagnie will Geschäfte machen und danach muß sie ihre Beamten auswählen. Diese mögen sehr gute Geschäftsleute sein, sie sind deshalb noch lange keine guten Verwaltungsbeamten. Die Neu-Guinea-Kompagnie tritt als Konkurrentin anderen Kaufleuten gegenüber auf. Es ist nur natürlich, daß diese Kaufleute gegen die Personen und die Einrichtungen der Neu-Guinea-Kompagnie ein gerechtes Mißtrauen hegen. Daher resultieren natürlich auch Mißstände. Es sind darüber an uns sehr viel Klagen gelangt. Wir haben deshalb aber keinen Grund, an dem guten Willen der Neu-Guinea-Kompagnie zu zweifeln, im Gegenteil, sie hat ihre Verpflichtungen stets treu erfüllt und ist stets im Interesse des Reiches thätig gewesen. Herr Dr. Barth hat nun ganz Neu-Guinea für wertlos erklärt. Aber man muß doch berücksichtigen, daß das Gebiet zwei Drittel so groß ist wie Deutschland. Alle Erträgnisse konnten den großen Aufwand für öffentliche allgemeine Dinge nicht decken, sie hat für Schiffsverbindungen, Verwaltungszwecke zu viel Geld aufwenden müssen. Diese Aufwendungen für das öffentliche Interesse soll jetzt das Reich übernehmen. Völlig wertlos ist das Schutzgebiet nicht, im Gegenteil, objektive Forscher haben es gerühmt, und es fehlt nicht an Leuten, die Neu-Guinea von der Kompagnie oder dem Reiche erwerben wollen. (Ruf links: Losschlagen!) Verlegen Sie doch die Sitzung einmal, und kommen Sie mit mir nach der Kolonialausstellung in Treptow. (Große Heiterkeit.) Der Reichstag hat für die Kolonialausstellung einen Zuschuß gewährt, ich würde es als eine Dankabstattung betrachten, könnte ich den Reichstag oder einzelne Mitglieder nach der Ausstellung führen. Sie könnten sich dort überzeugen, was in unseren Kolonien, speziell in dem hier zur Erörterung stehenden Schutzgebiete geleistet wird. Die Ausfuhr von Neu-Guinea hat allein 731 000 Mark betragen, obwohl kurz vorher nur Menschenfresser dort hausten. Der wertvollste Teil des Besitzes ist der Bismarck-Archipel. Redner sucht hierauf die Bestimmungen des Vertrages im einzelnen zu rechtfertigen. Eine Bevorzugung der Gesellschaft finde nur in geringstem Grade statt. Der Vertrag berücksichtige die öffentlichen Interessen, wie Eisenbahnbauten und Hafenanlagen. Den Missionsgesellschaften würde nach Uebernahme der Landeshoheit durch das Reich ihre Thätigkeit sehr erleichtert werden. Wir würden Unrecht thun, den jetzigen Zustand fortdauern zu lassen, der eine weitere Erschließung dieses wertvollen Schutzgebietes unmöglich macht. Die Neu-Guinea-Kompagnie erklärt aber, sie könne so nicht weiter wirtschaften. Soll sie sich vielleicht an ein anderes Reich wenden oder sollen wir ihr sagen: „Liquidiere und höre auf zu regieren!" Dann müßte das Reich einschreiten; denn ich glaube, die Regierung und auch der Reichstag kann es nicht zugeben, daß ein Schutzgebiet, welches soviel Opfer gekostet hat, einfach aufgegeben wird.

Abg. Graf v. Limburg-Stirum: Abg. Richter hat Recht, die Kolonien haben weit mehr gekostet, als wir erwartet haben. Herr Richter vergißt nur, daß die Kolonialpolitik populär ist (Heiterkeit links). Es steht nur die geringere Zahl der Gebildeten hinter der Auffassung des Abg. Richter. Ich bin der Forderung des Nachtragsetats nicht prinzipiell abgeneigt, aber ich halte es für besser, die Sache bis zum Herbst zu vertagen. Ich bitte also, die Position, möge sie nun in die Budgetkommission kommen oder nicht,

---

Eine Bekehrung.

Roman von Georges Renard.

Autorisierte Uebersetzung von Marie Kunert.

53 [Nachdruck verboten.]

Vater Deschamps beglückwünschte André zu seiner vortrefflichen Gelegenheit, seine Erfahrungen zu erweitern:

„Sie werden sich jetzt eine Wahl in der Provinz ganz in der Nähe ansehen können," rief er. „Wohlan! Achten Sie auf die Rolle, die das Hundertsousstück (der 5 Frankthaler) dabei spielt! Mehr will ich Ihnen vorläufig darüber nicht sagen."

Es war längst nicht mehr nötig, André dazu anzuregen, daß er die Welt um sich her beobachtete. Seit einem halben Jahre war er nur zu sehr daran gewöhnt worden, da, wo er es am wenigsten gedacht hatte, mit der unsichtbaren Macht des Geldes in die unangenehmste Berührung zu kommen. Er wagte nicht mehr von Uebertreibung zu sprechen, wenn der greise Sozialist ihm überall diese mächtigste Triebfeder der bürgerlichen Gesellschaft zeigte. Er fühlte, wie sich eine geheimnisvolle Umwandlung in seinem Innern vollzog, und um diese besser verfolgen zu können, beschloß er, fortan alles aufzuschreiben, was ihm an seinem jetzigen Aufenthaltsorte bemerkenswert schien. Hier sollen einige Auszüge aus den Notizen folgen, die er sich täglich machte:

Andrés Tagebuch.

Am 25. Juni 1889. Ich bin im Begriff, etwas sehr Lächerliches vorzunehmen, über das ich mich oft genug im Stillen lustig mache. Ich will nämlich ein Tagebuch führen, nicht mehr und nicht weniger, gerade so wie irgend ein schüchterner Gymnasiast oder ein frischgebackener Romanschriftsteller, der es damit berühmten Mustern gleich thun will. Aber ich muß klar sehen in mir selbst und im Leben und darum schreibe ich dies für mich allein.

Am 28 Juni. Meine Wirte sind die Liebenswürdigkeit selbst gegen mich. Anderer Leute Brot zu essen ist doch zuweilen weniger bitter, als ich dachte. Sie behandeln mich als einen Gleichgestellten, dessen Familie Unglück gehabt hat. Nichts würde mich hindern, mir einzubilden, ich befände mich hier in der Sommerfrische, bei einer befreundeten Familie, wo ich an einer selten vorkommenden Jagd teilnehme, nämlich der Jagd auf die Wähler.

Am 1. Juli. Herr von Serenoize wird sich seinen Wählern als konservativer Republikaner vorstellen. Er ist Großgrundbesitzer, Direktor einer Fabrik und Administrator der Gesellschaft von Orleans.

Bisher war er auf die Republick nicht gut zu sprechen, weil er sie für eine Regierungsform hielt, die den Interessen der obern Klassen wenig förderlich sei. Allein er hat bemerkt, daß die Großgrundbesitzer, Fabrikanten, die Eisenbahngesellschaften usw. unter der Republick ebenso gute Geschäfte machen wie unter der Monarchie. Er hält es jetzt also mit einem Regime, das dem Kapital eine sichere Grundlage gibt, wie er sagt. Aber er thut dies nur unter der Bedingung, daß an dem gegenwärtigen Steuersystem nichts geändert wird, daß die bestehenden Gesetze über den Grundbesitz, die Fabriken, Aktiengesellschaften usw. nicht angetastet werden. So müßte sein Wahlspruch eigentlich heißen: Die konservative Republik ist die beste bürgerliche Monarchie. Alles, was er an Forderungen aufstellt, bezieht sich auf einige kleine Reformen. So, meint er, könne man Ersparnisse erzielen, wenn weniger Schulen gebaut und die Gehälter der Lehrer beschnitten würden. Braucht das Volk denn wirklich so viel Bildung? Auch bei der Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten läßt sich noch sparen. Glücklicherweise habe ich die Ideen des Herrn von Serenoize nicht zu diskutieren, aber ich bin doch neugierig, wie er sie seinen Wählern mundgerecht machen wird. Bei den Großen wird es sich ja von selbst machen, aber wie bei den Kleinen, deren Interessen den seinigen diametral entgegengesetzt sind? Der Punkt interessiert mich. Ich habe noch niemanden gesehen, der sich aus Ueberzeugung guillotinieren ließ.

Am 5. Juli. Ein Fischer, der gern recht viele Fische fangen möchte, sorgt, bevor er zu angeln beginnt, dafür, daß er Getreidekörner, Brosamen, Regenwürmer dort ins Wasser streut, wo er seine Angel oder sein Netz auswerfen will. Das nennt man „ködern". Gegenwärtig streue ich mit Frau von Serenoize Köder aus. Mein Amt besteht darin, sie in ihrem Wagen auf der Fahrt durch die Dörfer ihres Kreises zu begleiten.

Viele Bauern haben hier ihre Wohnungen in die Tuffsteinfelsen gehauen. Große, viereckige Löcher öffnen sich hier und da in halber Höhe der Hügel. Das sind die Thüren und Fenster. Die Räume erstrecken sich tief in das weiche Gestein, das sich wie Butter aushöhlen läßt. Der Schornstein führt mitten auf der Wiese oder dem Weinberg, der das Dach des Hauses bildet, ins Freie. Wir betreten die Wohnungen dieser Höhlenbewohner und geben ihnen gute Worte, guten Wein, Flanell, Salben und Arzneien aller Art, denn die Wände der Höhlen, in denen sie hausen, sind feucht und erzeugen Rheumatismus. Frau von Serenoize umarmt und küßt ganze Scharen von ungekämmten, schmutznasigen Kindern, und mit Segenswünschen beladen ziehen wir wieder ab. Gegenwärtig ist Frau von Serenoize gar nicht stolz, gar kein bißchen mehr, und so wohlthätig! Und so ergießt sich denn auch ein wahrer Regen von Bittgesuchen über sie. Eines davon, das wohl wert wäre, der Nachwelt erhalten zu werden, will ich hier abschreiben;

Gute Madame!

Mit gegenwärtigem will ich Ihnen nur sagen, daß ich sehr unglücklich bin, daß ich nicht einmal mehr etwas anzuziehen habe, und daß ich es sehr recht von Ihnen finden würde, wenn Sie mir eine alte Hose Ihres Gemahls geben würden. Der liebe Gott wird es Ihnen lohnen. Ich empfehle mich Ihrer großen Güte.

Coquillard (Narziß)
Drechsler und Wähler.

Besagter Coquillard, ein Erztrunkenbold, wenn er auch Wähler ist, erhielt nicht nur eine Hose, sondern einen ganzen Anzug. Das wird Frau von Serenoize . . . oder auch ihrem Gatten nicht vergessen werden, denn eine Wohlthat ist ja niemals verloren.

Am 7. Juli. — Auch Herr von Serenoize beginnt zu ködern. Er bietet Spritzen an für die Feuerwehr, Fahnen für die Musikvereine, Brunnen für die Städte ohne Wasser, Kronleuchter und Altarbilder für die Kirchen.

(Fortsetzung folgt.)

vorläufig abzulehnen. Ich möchte noch einige Bemerkungen machen. Der Staatssekretär verlangt elektrische Beleuchtung in seiner Dienstwohnung. Ich halte die Forderung für bescheiden, aber ich möchte zur Erwägung anheimgeben, ob nicht für alle Ressorts in der Wilhelmstraße eine gemeinsame elektrische Beleuchtungsanlage zu schaffen sei. Das wäre billiger. Vielleicht könnte man auch die Strafgefangenen in Moabit für die Erzeugung der Elektrizität nutzbar machen. (Große Heiterkeit.) In einer Kolonie ist man schon derartig vorgegangen und beschäftigt die Gefangenen damit. Ich finde im Etat auch eine Forderung für die Krönungsfeierlichkeiten in Moskau von 250 000 Mark. Warum hat man diese Summe nicht schon in den ordentlichen Etat eingestellt und kommt erst jetzt damit, wo das Geld schon ausgegeben ist? (Sehr richtig, links.)

Staatssekretär Frhr. v. Marschall erwidert, in den ordentlichen Etat hätte die Summe noch nicht eingestellt werden können, weil damals ihre Höhe noch nicht zu übersehen war. Früher wären solche Dinge immer im Extraordinarium verrechnet worden; weil aber diesmal ein Nachtragsetat vorliege, habe er es für richtig gehalten, auch diese Forderung in den Nachtragsetat einzustellen.

Abg. Beckh (freis. Vp.) kann durchschlagende Gründe für die Bewilligung des Nachtragsetats für Neu-Guinea nicht finden und bittet um Ablehnung der Forderung. Redner behauptet schließlich, daß das süddeutsche Element bei der Auswahl der Kolonialbeamten nicht genügend berücksichtigt werde.

Kolonialbeamter Dr. Kayser bestreitet, daß Norddeutschland bei der Auswahl der Beamten irgendwie bevorzugt werde.

Abg. Bachem (Ztr.) ist prinzipiell für Uebernahme der Hoheit durch das Reich, denn eine Privatgesellschaft könne so ausgedehnte Länderstrecken nicht verwalten. Der Vertrag habe aber so viel Mängel, daß er nicht anzunehmen sei. Aufgabe der Kommission sei es, die Bedenken gegen den Vertrag im einzelnen zu formulieren. Der Reichstag könne ja den Vertrag nicht ändern, aber er könne die Forderung, die zur Ausführung des Vertrages notwendig sei, ablehnen. Das genüge aber in diesem Falle nicht. Der Reichstag müsse im einzelnen der Kompagnie nachweisen, wo er den Vertrag geändert zu sehen wünsche. Das Zentrum stehe der Kolonialpolitik schon wegen der Missionen sympathisch gegenüber, ihr Wohlwollen habe Grenzen, und insbesondere bestehe kein Wohlwollen für die Neu-Guineakompagnie, weil diese Gesellschaft die Missionen sehr schlecht behandelt hat. Wäre das nicht der Fall, wären wir viel geneigter, denn wir könnten dann im allgemeinen bei der Gesellschaft noble Gesinnungsweise voraussetzen. Wütriche sind wir aber deshalb doch nicht, und die vorläufige Ablehnung in diesem Augenblicke ist keine Ablehnung aus Prinzip.

Abg. Freese (freis. Vg.) konstatiert, daß Abg. Barth nur das sog. Kaiser Wilhelmsland, nicht den Bismarck Archipel für wertlos erklärt habe. Er hebt hervor, daß das Urteil über die Geschäftsthätigkeit der Neu-Guineakompagnie nicht überall so günstig gelautet habe, wie dasjenige des Herrn Dr. Kayser. Die Kompagnie hat Baumwolle nach England und Tabak nach Holland gesandt, nachdem man ihren Produkten in Deutschland alle erdenkliche Sorgfalt habe angedeihen lassen. Nur die schlechten Tabake seien weiter nach Bremen gekommen, die gute Ware sei nach Holland gegangen. Bei dem Vertrage komme das Reich zu schlecht weg, es solle eine Reihe Pflichten übernehmen, der Neu-Guineakompagnie aber bleiben eine Menge Rechte. Das Urteil über die Vorlage sei ja schon gesprochen, sie werde abgelehnt werden.

Abg. Graf v. Arnim (Rp.) warnt vor einem Aufschieben der Sache bis zum Herbst, es könnten Dinge eintreten, die bei allen national Gesinnten peinliche Empfindungen hervorrufen würden. Redner tritt im übrigen für Kommissionsberatung ein.

Die Diskussion wird hierauf geschlossen. Der Nachtragsetat wird der Budgetkommission überwiesen.

Darauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr. Tagesordnung: Schwerinstag. Antrag Auer, betr. Vereins- und Versammlungsrecht ꝛc.

Schluß 5½ Uhr.

Deutsches Reich.

Berlin, 2. Juni. Die deutsche Kolonialgesellschaft, die jetzt hier unter dem Vorsitze des Herzogs Johann Albrecht v. Mecklenburg ihre Hauptversammlung abhielt, beschloß, dem Reichstage das Verlangen auszusprechen, daß er auch vor der Bewilligung größerer Mittel zu Schiffsbauten nicht zurückschrecken solle. Sodann beschloß man, der Deportation von Strafgefangenen nach den Kolonieen und ihrer Beschäftigung mit öffentlichen Arbeiten näherzutreten. Die Eingeborenen scheinen demnach den Herren Kolonialkapitalisten noch nicht billig und willig genug als Arbeiter zu sein und man erhofft wohl von der Beschäftigung Gefangener noch größere Profite.

— Beschlagnahme des „Sozialist“. Die Nr. 22 des anarchistischen „Sozialist“ ist am Freitag Morgen um 5 Uhr polizeilich beschlagnahmt worden. Beanstandet wurde ein Artikel des Tischlers Jean Wilgust aus Frankfurt a. M., worin derselbe seine persönlichen Erlebnisse während des Frankfurter Friedensfestes schilderte. Vorgefunden wurden 72 Exemplare.

Ansbach, 2. Juni. Nach der amtlichen Feststellung erhielten bei der am 28. Mai erfolgten Ersatzwahl im dritten Reichstagswahlkreise Ansbach-Schwabach von 11 532 abgegebenen Stimmen Hufnagel (kons.) 5068 (2818), Dr. Konrad (Vg.) 2964 (5536), Baumeister (Soz.) 1897 (1733) und Tröltsch (Nat.) 1584 (2662). Die eingeklammerten Zahlen bedeuten die bei der Wahl 1893 abgegebenen Stimmen. Trotz bedeutend geringerer Beteiligung haben wir also auch hier einen Stimmenzuwachs zu verzeichnen.

Gotha. Vom Landtage ist am Freitag nach dem Antrag der Wahlprüfungskommission die Wahl des sozialdemokratischen Abgeordneten Wolf-Dietharz für ungiltig erklärt und hat er damit ohne Widerspruch das schon erörterte eigenartige Vorgehen der Regierung gutgeheißen. Der Beschluß ist auf recht merkwürdige Weise zu Stande gekommen. Es lag ein Wahlprotest der Wähler von Georgenthal vor, worin behauptet war, daß bei der Wahl Zensiten der 16., 17. und 18. Steuerstufe, die nicht wahlberechtigt sein sollen, in den Urwählerlisten gestanden haben, daß ferner preußische Staatsangehörige bei der Wahlmännerwahl ihre Stimmen abgegeben haben. Nun bestimmt der § 146 der Verfassung, auf den der Protest sich stützt, in den Finanzperioden von 1885 und 1889: „Von Zensiten, die nach den Steuerstufen 16, 17 und 18 zu veranlagen sind, werden Steuern nicht erhoben.“ Das sollte eine aus der günstigen Finanzlage des Staates hergeleitete Erleichterung sein und jedenfalls die Zensiten ihres Wahlrechts nicht berauben. Andererseits aber bestimmt das Wahlrecht, daß nur Steuerzahler Wähler sein könnten. Die Folge war, daß an einigen Orten die genannten Zensiten in die Urwählerlisten eingetragen, an anderen ausgeschlossen wurden; die Wahlen wurden trotz dieser Unsicherheit für giltig erklärt, und wohl ziemlich der ganze gegenwärtige Landtag ist auf diese Weise zusammengekommen. In den einzelnen Wahlprüfungsakten ist auch ausdrücklich betont, daß trotz der anzunehmenden Ungesetzlichkeit der Eintragung jener Zensiten die Wahl als giltig erklärt worden sei, weil das Stimmenverhältnis immerhin eine Majorität für den Gewählten ergab. Um dieser Unsicherheit der Auffassung ein Ende zu machen, gab das Staatsministerium im Zusammenwirken mit dem Landtage zu Beginn der Finanzperiode 1893 der erwähnten Bestimmung die folgende Fassung: „Zensiten, die nach den Steuerstufen 16, 17 und 18 zu veranlagen wären, zahlen keine Steuern“. Das ist nun allerdings genau ebenso unklar — oder, wenn man will, genau so klar wie die Fassung von 1885 und 1889. Thatsache ist jedenfalls, daß die Unklarheit auch bei der Wahl Wolfs zu Tage trat, daß Wolf in genau derselben Weise wie die übrigen Abgeordneten gewählt wurde, und daß auch bei ihm die Majorität der Stimmen zweifellos ist. Nun plötzlich aber besinnt sich der Landtag darauf, daß die „ungesetzliche“ Eintragung jener Zensiten ausreiche, die Ungiltigkeitserklärung der Wahl zu begründen, er spricht diese Ungiltigkeit aus und vergißt dabei ganz, daß er damit seine eigene Ungesetzlichkeit ausgesprochen hat. Merkwürdig ist es jedenfalls, daß dies Verfahren einem Sozialdemokraten gegenüber angewendet worden ist, der als zweiter Vertreter seiner Partei für den Landtag gewählt wurde, und die Erbitterung der Wähler, die der Auffassung zuneigen, daß mit zweierlei Maß gemessen werde, ist leicht zu begreifen. Der elfte Wahlkreis war im gemeinschaftlichen und ist nun auch im Speziallandtage nicht vertreten. Auch das ist nicht verfassungsgemäß. Im September finden nun die Neuwahlen zum Landtage statt, und die „Frankfurter Zeitung“ meint, es werde sich dann vermutlich zeigen, daß der Landtag mit seiner wenig politischen Handhabung des Wahlgesetzes recht gründlich die Geschäfte der Sozialdemokraten besorgt hat.

Köln, 2. Juni. In leitenden Zentrumskreisen fühlt man sich offenbar durch die agrarischen Agitationen sehr bedrängt, denn es mehren sich die Warnungen an die Wähler, sich nicht von den Landbündlern einfangen zu lassen. Eine Zuschrift an die „Köln. Volksztg.“ legt das Verhältnis des Zentrums zum Bund der Landwirte wie folgt dar: „Der Bund verpflichtet seine Anhänger auf eine gebundene Marschroute, die oftmals nicht die des Zentrums ist. Da niemand zweien Herren dienen kann, so steht der Wähler, welcher Zentrumsmann und Bundesmitglied zugleich sein will, oft genug wie Buridans Esel zwischen zwei Heubündeln. Keine Partei kann es sich gefallen lassen, wenn eine fremde Organisation sich zwischen ihre Wähler und ihre parlamentarische Fraktion drängt, das hieße, die Anlegung eines Pulvermagazins im eigenen Hause gestatten. In diesem Falle bildet nur die konservative Partei eine Ausnahme, deren Kommandite eben der Bund ist. Wo das Wort konservativ in altpreußischem Sinne noch verpönt ist, versucht man es mit dem Ausdruck „agrarisch“, und der Bund der Landwirte bildet die Vorfrucht für die konservative Partei.“

Fruchten werden diese Warnungen wohl nichts, denn auch die katholischen Landleute sind von der agrarischen Strömung schon zum Teil ergriffen. Wird das Zentrum nicht noch entschiedener agrarisch, als es schon ist, so werden jene sich trotzdem den Bündlern anschließen. Die Interessenströmungen haben einmal Oberwasser und da wird das Bemühen des Zentrums, religiöse Motive als Zusammenhalt ferner zu benutzen, mit der Zeit versagen.

Meiningen. Rückständige Ansichten scheinen im Meiningenschen Ministerium noch Geltung zu haben, rückständig insofern, als sie dem neudeutschen Rechtsgrundsatz: „Wenn Zwei dasselbe thun, so ist es nicht dasselbe“, durchaus widersprechen. Der städtische Verein in Saalfeld hatte an das Staatsministerium die Bitte gerichtet, daß die Abhaltung der sozialdemokratischen Maifeier durch öffentlichen Umzug nicht mehr gestattet werde Das Ministerium hat dieser Bitte nicht entsprochen. In der nunmehr dem genannten Verein zugestellten Antwort des Ministerinms heißt es: „Wir verkennen nicht die gute Absicht, von der dieser Antrag eingegeben worden ist, wir vermögen uns aber nach wie vor nicht zu überzeugen, daß die Bekämpfung der sozialdemokratischen Ideen und Bestrebungen, die sich der städtische Verein in anerkennenswerter Weise zur Aufgabe gemacht, die beantragte allgemeine Maßregel erheischt und rechtfertigen würde, eine Maßregel, die als unbillige Beschränkung gewisser Volksklassen und als eine ungerechtfertigte Benachteiligung gewisser Staatsangehöriger gegenüber anderen angesehen werden könnte.“

In anderen deutschen Staaten ist man nicht so engherzig, sondern verbietet den Sozialdemokraten unbedenklich, was anderen ohne weiteres gestattet ist.

Aus dem Auslande.

Italien. Das Ministerium Rudini steht vor einer Krisis; es handelt sich um seine Abdankung oder um Auflösung der Kammer. Den Anlaß dazu gab der Nachlaß des Crispi, ein rein negativer Anlaß allerdings, das Fehlen von bedeutenden Summen in verschiedenen Staatskassen. Crispi und seine Spießgesellen haben diese Beträge verschwinden lassen und das Ministerium Rudini wollte anfänglich die Sache dadurch erledigen, daß der Ministerpräsident von „Unregelmäßigkeiten“ sprach, welche das frühere Ministerium insofern sich zu Schulden kommen lassen, als die Gelder des einen Fonds für Zwecke aufgewendet worden, für die ein anderer Fonds bestand; in kurzen Worten, die Crispibande habe das Geld nicht gestohlen, sondern nur in eigenmächtiger Weise darüber verfügt. Nun war auf Antrag der Linken ein Untersuchungsausschuß eingesetzt worden, welcher feststellte: 1) Unerlaubte Entnahme von 12 000 Lire aus dem Kapitel 79 „Unterdrückung des Räuberunwesens“ und Uebertragung auf das Kapitel „Geheimfonds“. (Der ganze Crispi, der das Geld, welches zur Unterdrückung des Räuberunwesens bestimmt ist, in seine, des größten Räubers Tasche steckt!) Geschehen am 10. März, also am Tage vor dem Amts-Antritt Rubinis. 2) Vorwegnahme von 16 000 Lire aus dem Kapitel: „Dienst der öffentlichen Sicherheit“. 3) Entnahme von 126 118 Lire aus der Kasse der Gefangenengelder (die sich aus den in das Gefängnis mitgebrachten Geldern der Gefangenen und ihrem Arbeitsverdienst zusammensetzen). 4) Entnahme von 15 000 Lire aus dem Fonds der Landwirtschaftlichen Gesellschaft „Tre fontane“ und Uebertragung auf die „Geheimen Dienste der Sicherheitspolizei“. 5) Mehrausgaben für diese „Geheimen Dienste ꝛc.“ in den ersten acht Monaten des Finanzjahres 1895/96 im Betrage von 457 000 Lire (!). Diese Summe suchte man zu decken mit den 15 000 Lire aus Nummer 4, dann mit 80 000 Lire aus dem Gefangenenfonds, sowie mit 350 000 Lire, die kraft zweier königl. Dekrete aus dem Reservefonds entnommen wurden. Herr Astengo, der Leiter der Untersuchungskommission, nennt letzteres ein Ereignis, das in der ganzen Geschichte Italiens beispiellos sei. 6) Entnahme von 24 000 Lire, die zum Teil zurückgezahlt wurden aus der „Kasse für Spezialbuchführung“. Betreffs des Geheimfonds, der sich auf eine Million Lire beläuft, sagt Astengo, daß am 10. März, wo Crispi das Ministerium des Innern verließ, die Kassen erschöpft waren, obschon das Finanzjahr noch bis zum 1. Juli dauert. Um den Schein zu retten, hatte man im letzten Augenblicke die unter Nummer 1 erwähnten 12 000 Lire in die Kasse gesteckt, und außerdem fanden sich am 10. März, also im ersten Drittel des Monats, von der Monatsrate von 83 333 Lire nur noch 2670 Lire vor.

In der Sitzung vom 30. Mai stellte Rubini in der Kammer die Vertrauensfrage, indem er betreffs der Enquete Astengo Uebergang zur Tagesordnung verlangte, was ausdrücklich als eine Mißbilligung des Verfahrens Crispis erklärt wurde. Die Bedeutung, welche die Regierung der Abstimmung beilege, sei nur die, zu vernehmen, wie die Kammer zwischen der gegenwärtigen und der früheren Verwaltung urteile. Schließlich wurde die von dem Ministerpräsidenten akzeptierte einfache Tagesordnung Borsarelli in namentlicher Abstimmung mit 118 gegen 115 Stimmen bei 16 Stimmenthaltungen angenommen. Die geringe Majorität von drei Stimmen bei einem Vertrauensvotum genügt nun natürlich dem Ministerium nicht, und die Crispianer jubeln schon über den Sturz des Ministeriums, mit Unrecht aber, denn Rubini ist zur Auflösung der Kammer entschlossen. Die Neuwahlen werden für den Oktober sicher erwartet.

Der dem Kabinett Rubini nahestehende „Secolo“ meldet, daß Rubini gezwungen sei, in absehbarer Zeit die italienische Kammer aufzulösen.

Rußland. Ueber das furchtbare Unglück, das wie ein gewaltiges Menetekel in den rauschenden Festjubel des Absolutismus hineinscheint, teilen wir noch folgenden Bericht des „Berl. Lokalanzeigers“ mit:

„Das riesige Feld, eine Fläche nach allen Richtungen so weit wie die Entfernung vom Brandenburger Thor zum kaiserlichen Schloß (etwa 1500 Meter), war mit einem festen Pfahlzaun umschlossen, hinter welchem ein drei Meter tiefer Graben gezogen war. Es war die reine Mausefalle. Das Volk fühlte sich von Anbeginn an unsicher, und jedermann erwartete Unheil. Am Stadtthor begegnete mir der Wagen des Ober-Polizeimeisters mit einer Gendarmen-Eskorte. Der Chef der Moskauer Polizei ist bleich, seine Stirn blutig, da er durch einen Steinwurf verwundet wurde. Mittags kehrte die Volksmasse wieder auf das Feld zurück. Die Augenzeugen des Unglücks hatten sich bereits verlaufen, die Nachkommenden waren wieder lustig und sorglos. Es erschien eine glänzende Menge vom Zaren geladene Gäste, prachtvolle Wagen mit weißgekleideten Damen, darüber eine goldene Sonne . . . es war ein Kontrast, der mich in sprachloses Staunen versetzte. Selbst wenn wieder ein Feuerwehrwagen mit schlecht bedeckten Leichen fortfuhr, so trübte das die Stimmung der Menge nicht mehr. Der Kaiserpavillon war glänzend geschmückt. Um 2 Uhr erschien das Zarenpaar, durch endlosen Jubel begrüßt. Es sind bisher 1138 Tote und 494 Verwundete festgestellt worden.

Leute bieten mit lauten Rufen ihre schwer errungenen Blechbecher für anderthalb Rubel zum Kauf an, vielleicht fünfzigmal haben sie dafür ihr Leben gewagt, es war nur ein Zufall, daß sie mit dem Leben davonkamen, die Erinnerung an die Angst, die Furcht und den Schrecken, den sie erlitten, ist ihnen für anderthalb Rubel feil. Je weiter man über das Chodynsky-Feld schreitet, um so zahlreicher sieht man zusammengetragene Haufen von zerfetzten Kleidungsstücken, darunter platt getretene Stücke Brot. Mitten auf dem Felde sind drei Theater zur Volksbelustigung errichtet, jedes mit drei Bühnen: in der Mitte, rechts und links.“

Die Festlichkeiten nehmen trotzdem ihren ungestörten Fortgang. Das „Volksfest“ wurde auf dem Chodynskifelde abgehalten, als ob nichts passiert wäre. Ein Wolffsches Telegramm meldet darüber:

„Als der Kaiser und die Kaiserin von dem Palais nach dem gegenüberliegenden Pavillon abfuhren, stiegen zahllose Signalballons auf. Die Geschütze begannen die Salven abzugeben; ein Chor von mehreren tausend Stimmen intonierte unter Begleitung einer Kapelle „Gott schütze den Zaren“. Als sich der Kaiser und die Kaiserin auf dem Balkon zeigten erschollen von den Hunderttausenden brausende Hurras. Das kaiserliche Paar verneigte sich während der ganzen Dauer der Ovation. Die Hymne „Gott schütze den Zaren“ und darauf die Hymne „Das Leben für den Zaren“ wurden mehrfach wiederholt und immer wieder von Hurrarufen begleitet. Der Himmel war fast wolkenlos. Nach Beendigung der Huldigung begab sich das Kaiserpaar nach dem Petrowsky-Palais, wo die Deputationen verschiedener Körperschaften Moskaus, darunter der deutschen Kolonie, welche eine Adresse überreichte, empfangen wurden. Sodann fand in drei gewaltigen Zelten vor dem Palais die Speisung von mehreren hundert Dorfältesten statt. Der Kaiser und die Kaiserin durchschritten alle drei Zelte, huldvoll grüßend.“

Am Unglückstage fand auf der französischen Botschaft ein glänzendes Ballfest statt, dem der Kaiser und die Kaiserin bis gegen 2 Uhr beiwohnten. Der deutsche Botschafter veranstaltete am Sonnabend ein großes Festmahl. Sonntag Abend

fand im Kreml ein großes Fe
Stände statt. Auch zum Diensta
Kaiserin die Einladung zu einen
ungarischen Botschafter an.

Zwölfhundert Tote! Was
Rußlands, was schert das den
Ist es doch auch nur eine Klein
nur durch die Plötzlichkeit her
strophe eingetreten, eine Kleinigk
bareren Wirkungen des politisch
herrscht. Wo alljährlich viele T
Einöden Sibiriens geschickt un
zu Tode gemartert werden, oft
eigenen Meinung, wo Tausende
zum Opfer fallen, der eine Fol
schaft des Zarenreiches ist —
wenn sie gleich auf einmal
Opfer der mit dem Blute u
Volkes bezahlten Festlichkeiten
lutismus. Zwölfhundert Leiche
sich eine Konvenienzthräne aus
weiter. Das kann doch nicht
Proletarierleichen!

Kuba. Nach einem Gesch
Anfang d. M., den einzusehen
heit hatte, scheinen dort die D
verzweifelter zu stehen, als
Siegesbulletins angenommen
der bevorstehende Schluß der
wegen Mangels an Rohmateria
zu einem Aufstand in der S
und wenn was er nicht zu
reich sein werde, so würde die
spanischen Generalissimus dari
Truppen zur Heimkehr ohne
stelligen. Von besonderem
merkung, welche der Briefsch
knüpft: „Was würde es aber
wenn es ihr gelingt, den Aufst
der Antillen ist verwüstet, und
keine Einnahme aus Steuern
Wiederherstellung geordneter
wieder ertragsfähiger zu mache
bis dahin ist auf keine Einnah
rechnen! Sind nun die Fina
aushalten zu können? Die
geben die Kurszettel der eur
der Straße von Florida stehen
und freuen sich über die Verw
berechnen schon jetzt, eine
müssen, wenn ihnen die Insu
sabe! Vielleicht verrechnen s
scheint anzudeuten, daß bei
einer Vereinigung mit den V
ist, als die Agitationskomitees
Unterstützung der Aufständigen
scheinlich wollen die Havanes
publik gründen, die sie ja, da
buch aus der monarchistischen
würden unter ziemlich günsti
ginnen könnten. Uebrigens e
einer Schließung der Zigarre
das Tabak-Ausfuhr-Verbot e
nur, daß es nichts helfen wi
daß auch ohne Verbot kaum
Auf jeden Fall werden die e
starke Preiserhöhung der
müssen.

Aus der Stadt

— **Boykottkarten** sind
Vorsitzenden des Sozialdemokr
Ulmenstraße, in Empfang zu
möge jeder sorgen.

— **Um eine schnellere**
Postanweisungsbeträgen an
an welchen eine starke Verm
gleichzeitige Einlieferung ei
anweisungen durch einzelne
das Postamt für den ersten,
Monats eine weitere Annah
gerichtet. Die Annahmestelle
Postanweisungsschalter, neben
Einschreibbriefe. Die neue
Kraft.

Mennighüffen, 30. M
der Abenddämmerung fande
etwa 60jährigen Arbeiter W
Westscheidt im Ulenburger H
Mann zum Selbstmorde ve
nicht: man vermutet jedoch
Zwistigkeiten zu suchen ist.

Gütersloh, 2. Juni.
mitteilt, wurde der hiesige
weil er eines Sittlichkeits-V
führt ist.

Herford, 2. Juni. De
die Versammlung im Schützen
ihn unseren Lesern nicht vore

Auf dem Schützenhofe
demokratische Versammlung
Kopkaschen Fabrik behan
wird behauptet, der Aus
demokratische Einflüsse zur
wissen wir nicht. Thatsächlic
der Leitung der Beweg
terrorisiert sie.

Hübsch ist es, eine Vers
auch Bürgermeister Quentin
demokratische zu bezeichnen.

fand im Kreml ein großes Festmahl für die Vertreter der Stände statt. Auch zum Dienstag nahmen der Kaiser und die Kaiserin die Einladung zu einem Festmahle beim österreichisch-ungarischen Botschafter an.

Zwölfhundert Tote! Was schert das die herrschende Klique Rußlands, was schert das den Selbstherrscher aller Reußen! Ist es doch auch nur eine Kleinigkeit, deren furchtbare Wirkung nur durch die Plötzlichkeit hervorgerufen ist, mit der die Katastrophe eingetreten, eine Kleinigkeit, gemessen an den viel furchtbareren Wirkungen des politischen Systems, das in Rußland herrscht. Wo alljährlich viele Tausende in die Bergwerke und Einöden Sibiriens geschickt und in den schrecklichsten Kerkern zu Tode gemartert werden, oft nur wegen des Verdachts einer eigenen Meinung, wo Tausende um Tausende dem Hungertode zum Opfer fallen, der eine Folge der schaudervollen Mißwirtschaft des Zarenreiches ist — was sind da 1200 Leichen, wenn sie gleich auf einmal gefallen sind, gefallen sind als Opfer der mit dem Blute und Schweiße des unglücklichen Volkes bezahlten Festlichkeiten zur Verherrlichung des Absolutismus. Zwölfhundert Leichen! Was thuts! Man wischt sich eine Konvenienzthräne aus dem Auge und tanzt ruhig weiter. Das kann doch nicht gestört werden wegen der paar Proletarierleichen!

Kuba. Nach einem Geschäftsbrief aus der Havana vom Anfang d. M., den einzusehen die „Volks-Zeitung" Gelegenheit hatte, scheinen dort die Dinge für die Spanier noch weit verzweifelter zu stehen, als man bisher trotz der spanischen Siegesbulletins angenommen hat. Der Schreiber meint, daß der bevorstehende Schluß der Zigarrenfabriken — welcher wegen Mangels an Rohmaterial erfolgen müsse — das Signal zu einem Aufstand in der Stadt Havana selbst sein werde, und wenn was er nicht zu bezweifeln scheint, derselbe siegreich sein werde, so würde die einzige Schwierigkeit für den spanischen Generalissimus darin bestehen, die Einschiffung der Truppen zur Heimkehr ohne allzu große Verluste zu bewerkstelligen. Von besonderem Interesse ist aber folgende Bemerkung, welche der Briefschreiber an seine Prophezeihung knüpft: „Was würde es aber der Regierung in Madrid nützen, wenn es ihr gelingt, den Aufstand niederzuschlagen? Die Perle der Antillen ist verwüstet, und für die nächsten Jahre ist auf keine Einnahme aus Steuern und dergl. zu rechnen. Die Wiederherstellung geordneter Zustände, um unsere Plantagen wieder ertragsfähiger zu machen, würde Unsummen kosten, und bis dahin ist auf keine Einnahmen aus Steuern u. dergl. zu rechnen! Sind nun die Finanzen Spaniens derart, um das aushalten zu können? Die beste Antwort auf diese Frage geben die Kurszettel der europäischen Börsen! Und jenseits der Straße von Florida stehen unsere „Brüder", die Yankees, und freuen sich über die Vernichtung unserer Tabakkultur und berechnen schon jetzt, eine wie große Anleihe sie aufnehmen müssen, wenn ihnen die Insel in den Schooß fällt. Quien sabe! Vielleicht verrechnen sie sich." Die letztere Bemerkung scheint anzudeuten, daß bei den Havanesen die Neigung zu einer Vereinigung mit den Vereinigten Staaten nicht so groß ist, als die Agitationskomitees in den Vereinigten Staaten zur Unterstützung der Aufständigen glauben machen wollen. Wahrscheinlich wollen die Havanesen eine eigene, selbständige Republik gründen, die sie ja, da sie natürlich durch das Schuldbuch aus der monarchistischen Zeit einen dicken Strich machen würden unter ziemlich günstigen finanziellen Verhältnissen beginnen könnten. Uebrigens erklärt der Hinblick auf die Folgen einer Schließung der Zigarrenfabriken die Eile, mit welcher das Tabak-Ausfuhr-Verbot erlassen worden ist; wir glauben nur, daß es nichts helfen wird, denn es fehlt an Tabak, so daß auch ohne Verbot kaum etwas ausgeführt werden könnte. Auf jeden Fall werden die europäischen Raucher sich auf eine starke Preiserhöhung der Havana-Zigarren gefaßt machen müssen.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

Bielefeld, 3. Juni.

— **Boykottkarten** sind in der „Volkswacht" und bei dem Vorsitzenden des Sozialdemokratischen Vereins, Genossen Schreck, Ulmenstraße, in Empfang zu nehmen. Für weiteste Verbreitung möge jeder sorgen.

— **Um eine schnellere Abfertigung** der Einlieferer von Postanweisungsbeträgen an denjenigen Tagen herbeizuführen, an welchen eine starke Vermehrung der Zahlungen und die gleichzeitige Einlieferung einer größeren Zahl von Postanweisungen durch einzelne Personen stattzufinden pflegt, hat das Postamt für den ersten, zweiten und letzten Werktag jedes Monats eine weitere Annahmestelle für Postanweisungen eingerichtet. Die Annahmestelle befindet sich schräg gegenüber dem Postanweisungsschalter, neben der Annahmestelle für Geld- und Einschreibbriefe. Die neue Einrichtung tritt am 1. Juni in Kraft.

Mennighüffen, 30. Mai. Erhängt. Am Freitag in der Abenddämmerung fanden vorübergehende Passanten den etwa 60jährigen Arbeiter Windmann aus dem benachbarten Westscheidt im Ulenburger Holze erhängt vor. Was den alten Mann zum Selbstmorde veranlaßt hat, weiß man so genau nicht: man vermutet jedoch stark, daß die Ursache in häuslichen Zwistigkeiten zu suchen ist.

Gütersloh, 2. Juni. Wie die „Neue Gütersloher Ztg." mitteilt, wurde der hiesige Stationsgehilfe Trettow verhaftet, weil er eines Sittlichkeits-Verbrechens in einem Falle überführt ist.

Herford, 2. Juni. Der Bericht des „Kreisblattes" über die Versammlung im Schützenhause ist so nichtssagend, daß wir ihn unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. Dasselbe schreibt:

> Auf dem Schützenhofe tagte am Sonnabend eine sozialdemokratische Versammlung, in welcher der Tischlerstreik der Kopkaschen Fabrik behandelt wurde. Von mancher Seite wird behauptet, der Ausbruch des Streiks sei auf sozialdemokratische Einflüsse zurückzuführen. Ob dies der Fall ist, wissen wir nicht. Thatsächlich aber hat sich die Sozialdemokratie der Leitung der Bewegung bemächtigt, beherrscht und terrorisiert sie.

Hübsch ist es, eine Versammlung, in welcher unter andern auch Bürgermeister Quentin anwesend war, als eine sozialdemokratische zu bezeichnen. Ueber den Vorwurf der Arbeiterfeindlichkeit weiß das Kapitalistenblatt kein Wort zu seiner Rechtfertigung zu äußern. An der ganzen Notiz ist wieder fast Wort für Wort gelogen.

Die einzige Partei, bei welcher die Arbeiter auf sichere Unterstützung bei ihren Lohnbewegungen rechnen können, ist die sozialdemokratische. Das dreht das Kapitalistenblatt so um, als ob die Sozialdemokratie die Bewegung terrorisiert. Aber das glaubt ihm kein Arbeiter mehr!

Minden, 2 Juni. Eine öffentliche Parteiversammlung findet Sonnabend, den 6. d. M., abends 7½ Uhr, bei Thiele zwecks Delegiertenwahl zum internationalen Kongreß in London statt. Mögen sich die Genossen recht pünktlich und zahlreich einfinden und damit den Beweis liefern, daß die Mindener Genossen immer noch am Platze sind.

Dorsten, 31. Mai. Gestern Nachmittag ereignete sich auf dem Neubau der Glas und Spiegelmanufaktur hierselbst ein recht bedauerlicher Unglücksfall. Ein im Bau begriffenes Gewölbe stürzte ein und riß die auf demselben stehenden Maurer mit hinab. Dabei erlitt der Maurer Bergmann aus Ulfkotten, der gerade den Schlußstein einfügen wollte, so bedeutende Verletzungen am Kopfe, daß er kurze Zeit nachher starb. Die anderen trugen meist leichtere Verletzungen davon. Der Verunglückte war unverheiratet. — In der vergangenen Nacht hat es stellenweise stark gefroren und haben besonders die Kartoffeln durch den Frost gelitten. Heute Nachmittag zeigte das Thermometer stark 18 Grad Reaumur im Schatten. (M. A.)

— 28. Mai. Soeben (abends ½7 Uhr) setzt die Nachricht von einem schrecklichen Morde unser friedliches Städtchen in große Aufregung. Der Metzger Kiesewetter von hier wurde auf der Chaussee nach Buer (etwa 15 Minuten von der Stadt) ermordet; ein Messerstich ins Genick scheint den augenblicklichen Tod zur Folge gehabt zu haben, sodaß der sofort herbeigeeilte Priester zu spät kam. Als der That dringend verdächtig erscheinen zwei Handwerksburschen, die in Begleitung eines Frauenzimmers kurz vorher am Thatorte gesehen wurden. Der Telegraph spielte sogleich nach allen Richtungen; hoffentlich gelingt es, den Thäter zu fassen. Der Ermordete ist verheiratet und Vater von 3 Kindern. (M. A.)

Wanne, 27. Mai. In der Grube der Zeche „Shamrock III und IV" wurde heute früh durch einstürzende Massen ein Bergmann verschüttet Bis heute Abend war es trotz angestrengter Arbeit nicht gelungen, zu dem Verunglückten zu gelangen.

Bickern, 28. Mai. Die 5 Raufgesellen, die am Pfingsttage an der Stecherei, wobei ein Bergmann von der Zeche „Ewald" seinen Tod fand, sich beteiligten, sind aus der Haft entlassen worden, nachdem der Hauptschuldige ein Geständnis abgelegt. Der Mörder ist der Bergmann Krick von Erle. Derselbe wurde alsbald nach Essen transportiert.

Gerichtliches.

** **Bielefeld,** 30. Mai. Schöffengericht. Den Vorsitz führte Herr Amtsgerichtsrat Nottarp. Der Fabrikarbeiter Gustav Böckstruck zu Brackwede und der Fuhrknecht Franz Groos zu Bielefeld haben in der Nacht vom 6. zum 7. Oktober v. J. zu Gadderbaum den Tischler Haß gemeinschaftlich mit Stöcken mißhandelt. Ihre Angabe, zuerst angegriffen und mißhandelt zu sein, wurde durch die Zeugenaussagen widerlegt. Es wurde gegen jeden der Angeklagten auf 2 Wochen Gefängnis erkannt. — Der Dr. med. Scheffer zu Brackwede war wegen nicht rechtzeitiger Anmeldung eines Erkrankungsfalles an Wochenbettfieber in eine Polizeistrafe von 10 Mk. genommen worden, wogegen er Widerspruch erhoben hatte. Die Krankheitserscheinung hatte so viel Momente ergeben, welche in dem Angeklagten den Verdacht erregen mußte, daß es sich um ein Wochenbettfieber handelte, auch der Gerichtshof kam deshalb zu der Verurteilung des Angeschuldigten. — Der Fabrikarbeiter August Walkenhorst zu Weichbild-Schildesche war mit zwei bereits abgeurteilten Personen in der Nacht vom 8. August v. J. in das befriedete Besitztum des Colon Niederbrodhage zu Gellershagen widerrechtlich eingedrungen und hatte sich trotz wiederholter Aufforderung daraus nicht entfernt. Das Urteil lautete gegen ihn wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs auf 1 Woche Gefängnis. — In der Feldstraße hatte sich in der Nacht zum 28. März d. J. eine Prügelei abgespielt, woran sich die beiden Handlanger Julius Hülsmann und Heinrich Finke von hier beteiligt hatten. Der Gerichtshof erkannte gegen jeden auf eine Geldstrafe von 10 Mk. event auf 2 Tage Gefängnis. — Gelegentlich einer Geburtstagsfeier bei dem angeklagten Eisendreher Wilhelm Ellersiek zu Bielefeld hatte der mitangeklagte Arbeiter Carl Tölke von Gadderbaum durch Erregung ruhestörenden Lärmes die Polizei herbeigelockt. Als der Beamte, dem ein falscher Namen angegeben worden war, zur Verhaftung des Tölke schreiten wollte, mischte sich Ellersiek mit ein und machten sich beide des Widerstandes schuldig, wofür heute jeder mit 20 Mk. event. 4 Tagen Gefängnis bestraft wurde. Tölke erhielt außerdem noch wegen Erregung ruhestörenden Lärms und wegen Abgabe eines falschen Namens eine Gesamtstrafe von 15 Mk. bezw. 3 Tagen Haft. — Der Nagelschmied Bickel aus Hattingen, z. Z. in Haft, wurde wegen Bettelns mit 4 Wochen Haft bestraft. — Von den andern Strafsachen wurde in zwei Fällen auf Freisprechung erkannt; eine Sache wurde vertagt.

Der Polizeisergeant Hoffmann aus Aplerbeck, welcher in betrunkenem Zustande mit der blanken Waffe gegen eine Festversammlung vorgegangen war, wurde zu 1½ Jahr Gefängnis verurteilt.

Kirche und Schule.

Der Kampf um die Armesünder-Ecke. Die Stadt Mayen im schönen, aber geistig vielfach dunklen Rheinland besitzt einen alten Kirchhof, über den infolge einer Regierungsverfügung vom Jahre 1852 die Geistlichkeit das Aufsichtsrecht ausübte. Dem religiösen Scharfblick der schwarzen Herren war denn auch kein Bock entgangen, und liebevoll hatten sie dafür gesorgt, daß die leiblichen Ueberbleibsel der frommen Seelen in Reih und Glied ordnungsmäßig eingescharrt wurden, während man Juden, Zensurierten (den wegen ihrer Sündhaftigkeit Gemaßregelten) und sogar evangelischen Christen als letzte Ruhestatt „von Aufsichtswegen" einen abseits liegenden Winkel anwies. Der Friedhof war nun voll geworden, und es mußte ein neuer geschaffen werden. Auf diesem sollte jedoch, so ordnete die städtische Verwaltung an, die Sünderecke fortfallen, und alle verstorbenen Personen sollten in der sich von selbst ergebenden Reihenfolge beerdigt werden. Darob großes Geschrei bei der katholischen Geistlichkeit. Das bischöfliche General-Vikariat gab den ihm unterstellten Dienern Gottes den Rat, den neuen Kirchhof nicht eher zu betreten, bis die Scheidung der Verstorbenen in der bisher üblichen Weise wieder geduldet werde. Allenthalben wurde der Bürgermeister von den Beschützern der Kirche heftig angegriffen, sogar von der Kanzel herab führten diese den Kampf um ihre Herrschaft. Am 6. November v. J. wurde die Angelegenheit in der Stadtverordneten-Versammlung besprochen, und auch der Bürgermeister nahm das Wort, sein Verhalten zu rechtfertigen. Dabei ließ er unbedacht die Aeußerung fallen, daß die Regierung zu der Uebertragung des Aufsichtsrechts auf die Geistlichkeit im Jahre 1852 wohl nur in einer gewissen Uebereilung gekommen sei. Das sah der Regierungspräsident als eine ungehörige Kritisierung einer Regierungsverfügung an und erteilte deshalb dem Bürgermeister einen Verweis. Die Beschwerde beim Oberpräsidenten wurde als unbegründet zurückgewiesen und am 29. Mai erkannte auch der 1. Senat des Ober-Verwaltungsgerichts zu Ungunsten des Herrn, der die Disziplin gegen die ihm vorgesetzte Aufsichtsbehörde nicht genügend beobachtete.

Militärisches.

Die zweijährige Dienstzeit wird von den Militäreiferern bekanntlich angefochten, weil sie angeblich nicht genügend lang sei, um die erforderliche Ausbildung der Truppen zu ermöglichen. Da erscheint es sehr auffällig, daß man in militärischen Kreisen an den zwei Jahren noch überflüssige Zeit entdeckt hat, die zu Ernteurlauben benutzt werden soll. Das „Leipz. Tagebl." bringt folgende Mitteilung: „Obschon die zweijährige Militärdienstzeit die Anspannung aller Kräfte und die vollständige Ausnutzung der Ausbildungszeit erforderlich macht, ist den Generalkommandos doch wiederum anheimgestellt worden, zur Unterstützung der Landwirte bei den Erntearbeiten Beurlaubungen von Mannschaften der Infanterie je nach Maßgabe der dienstlichen und lokalen Verhältnisse eintreten zu lassen".

Da werden doch wohl die Recht behalten, die behaupten, daß die zwei Jahre mehr als ausreichend sind.

Ueber die Minenexplosion in Thorn werden weitere Einzelheiten bekannt. Die 2. Kompagnie des dort garnisonierenden zweiten pommerschen Pionierbataillons übte unter Leitung des Hauptmanns Adam das Minenlegen. Dabei wurde eine sogenannte Flattermine mit 10 Pfund Pulver gelegt, in deren Nähe die Kompagnie stand, als die Mine mit einem Male in die Luft ging. Der Luftdruck und die umherfliegenden Erd- und Steinmassen der Mine richteten im ersten Augenblick eine große Verwirrung an. Hauptmann Adam, Leutnant Hannemann I und viele Leute wurden von Erdmassen getroffen und zur Erde geschleudert. Unteroffizier Plater wurde in die Luft gehoben und fiel dann mit dem Kopf zuerst auf die Erde. Hauptmann Adam wurde am Kopf schwer verletzt. An der Stirn hat er schwere Wunden erlitten, auch ein Auge ist gefährdet. Leutnant Hannemann I hat schwere Verletzungen an den Beinen erlitten, Unteroffizier Plater solche am ganzen Kopf. Die weiter vorgekommenen Verletzungen sind unbedeutend. Die Entzündung der Mine schreibt man einem unglücklichen Zufalle zu. Die Verunglückten hofft man am Leben zu erhalten.

Vermischtes.

Berlin. Zum Duellmord des königlich preußischen Zeremonienmeisters v. Kotze bringt der hiesige „Lokal-Anzeiger" die folgende, für die heutigen Zustände in Deutschland bezeichnende Meldung: „Die Publikation des Urteils in Sachen des Duells v. Kotze-Schrader steht gutem Vernehmen nach in aller Kürze bevor. Es erscheint zweifellos, daß auf das Mindestmaß der Strafe erkannt werden wird; ebenso bestimmt verlautet jedoch, daß die Begnadigung des Herrn v. Kotze in kurzer Frist nachfolgen wird." Die Richtigkeit dieser Meldung soll sich ja noch herausstellen; aber es gehört nicht allzuviel Böswilligkeit dazu, aus ihr die Aufforderung an die Edelsten und Besten herauszulesen, sich nur lustig weiter niederzuknallen. Woraus der Menschheit allerdings ja auch kein Schaden erwüchse; es sei denn, man zöge etwa den Wert des geopferten Schießpulvers in betracht.

Familientragödie. In Pforzheim erhängte am Sonnabend Nachmittag 5 Uhr der schon seit längerer Zeit stellenlose Kaufmann Philipp Ruf in Abwesenheit seiner Frau seine drei Kinder im Alter von 4 bis 9 Jahren und entfernte sich dann. Ruf erscheint infolge Nahrungssorgen geistesgestört geworden zu sein. Vermutlich hat er Selbstmord begangen.

In der Nähe der Münchener Vorstadt Schwabing wurde Sonnabend Abend ein Kärrner von zwei Personen erstochen und beraubt. Die Mörder wurden verhaftet und sind geständig.

An der medizinischen Fakultät in Paris erregt folgender Vorfall peinliches Aufsehen. Ein Diener des Laboratoriums des Professors Bouchard betrieb seit längerer Zeit einen einträglichen Handel mit dem im Laboratorium erzeugten Heilserum, von dem er, wie es heißt, große Mengen an eine der größten Apotheken von Paris verkaufte. Professor Bouchard ordnete eine Untersuchung an, in der festgestellt wurde, daß das betrügerische Gebaren des Dieners von dem Leiter des Laboratoriums Dr. R. stillschweigend geduldet war. Dr. R. wurde veranlaßt, seine Entlassung einzureichen. Der Diener wurde sofort entlassen.

Quittung.

Für die im Ausstande befindlichen Arbeiter gingen ein:

Bereits quittiert	20998,19	M.
Liste 4 (Nachtrag von der 2. Rate 7,25 und 3. Rate 12,50) zusammen	19,75	„
H. H.	3,50	„
P. K. R.	9,50	„
Liste 28 (2. Rate)	4,—	„
Summa	21034,94	M.

Ich bitte um weitere Beiträge, damit die ausgesperrten Arbeiter der Bielefelder Maschinenfabrik unterstützt werden können.

Bruno Schumann, Vorsitzender des Gewerkschaftskartells

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Inserate werden nur gegen Barzahlung aufgenommen.

Bekanntmachung

betreffend

Sprechstunden der Gewerbe-Inspektions-Beamten.

Um den Arbeitgebern und Arbeitnehmern mehr Gelegenheit zu geben, mit den Gewerbe-Aufsichtsbeamten in persönlichen Verkehr zu treten, sind folgende feststehende Sprechstunden anberaumt:

I. Für den 1. und 3. Sonntag eines jeden Monats:

a. in der Gewerbe-Inspektion Minden von 8 bis 9½ Uhr vormittags.
b. in der Gewerbe-Inspektion Bielefeld von 11½ bis 1½ Uhr mittags.

II. Für den 1. Donnerstag eines jeden Vierteljahres:

a. im Gasthaus Schwiete zu Höxter } von 8 bis 9½ Uhr
b. im Gasthaus Lengeling zu Paderborn } abends.

III. Für den 3. Donnerstag eines jeden Vierteljahres:

a. in Gasthaus „Zum Desenberg" zu Warburg } von 8 bis 9½
b. im Gasthaus Gödde zu Büren } Uhr abends.

Außerdem können Rücksprachen zu andern Zeiten stattfinden, jedoch empfiehlt es sich, vorher schriftlich das nähere zu vereinbaren.

Minden, den 3. August 1894.

Der Regierungs-Präsident.
v. Arnstedt.

Soeben erschienen sind folgende Broschüren und halten wir dieselben zur Anschaffung und zu **weitester Verbreitung** bestens empfohlen:

Zweierlei Recht.

Stenographischer Bericht
der Verhandlungen des Deutschen Reichstages
über die
Handhabung des Vereins- und Koalitionsrechts.
Preis 10 Pfg.

Der Militarismus auf der Anklagebank.

Ausführlicher Bericht
über die **Schwurgerichtsverhandlung** vom 29. Febr. 1896 gegen den Redakteur der „Münchener Post" Ed. Schmidt wegen Beleidigung der Offiziere und Unteroffiziere der bairischen Armee.
Preis 15 Pfg.

Buchhandlung „Volkswacht".

Die Buchhandlung „**Volkswacht**", Bielefeld, Schulstr. 20, hält angelegentlichst empfohlen:

Leipziger Hochverrats-Prozeß 1872

wider
Bebel, Liebknecht u. Hepner.

Mit einer historischen Einleitung von W. Liebknecht.
Preis geb. Mk. 5,—;
auch zu beziehen in 20 Lieferungen à 20 Pfg.

Aus dem Prospekt greifen wir folgende Stellen heraus:

Für die **Geschichte unserer Partei,** ihre **historische und theoretische Entwicklung,** ihre **Taktik,** ist der Hochverratsprozeß ein geradezu **unentbehrliches Quellenwerk,** so daß schon aus diesem Gesichtspunkt allein eine Neuherrausgabe sich gebietet. Manche Streitfragen, heftige Diskussionen wären uns in den letzten Jahren erspart geblieben, wenn die Genossen überall Gelegenheit gehabt hätten, über die Geschichte unserer Partei sich quellenmäßig zu unterrichten und daraus zu sehen, daß an ihrem Wesen in den letzten 25 Jahren sich nichts geändert hat, wenn auch, der Taktik der Gegner entsprechend, die Kampfart der Partei heute eine andere war als gestern, morgen eine andere sein kann als heute.

Die aus der Feder **Liebknecht's** stammende historische Einleitung liefert die zum Verständnis der Verhandlungen notwendigen sachlichen und historischen Voraussetzungen und führt den jüngeren Genossen in die Geschichte der stürmischen Tage der Kriegsepoche ein, eine Epoche, für die Partei so kritisch und verantwortungsvoll und den meisten der Genossen heute völlig unbekannt.

In der **Buchhandlung „Volkswacht"** sind folgende Broschüren vorrätig:

Domela Nieuwenhuis, Mein Abschied von der Kirche. Zwei Vorträge: 1. Die Kirche und die soziale Frage. 2. Mein Abschied von der Kirche. Aus dem Holländischen ins Deutsche übersetzt von H. Harders und E. Groth. Höchst interessante und gemeinverständliche Agitationsschrift. Vierte Auflage. 32 Seiten. Preis 25 Pfg.

— Das Leben Jesu. Eine historisch-kritische Abhandlung zur Aufklärung des arbeitenden Volkes. Aus dem Holländischen übersetzt von H. Harders und Dr. Fr. Diederich. Preis 40 Pfg.

— Die Bibel. Ihre Entstehung und Geschichte. Eine historisch-kritische Abhandlung zur Aufklärung des arbeiten Volkes. Aus dem Holländischen ins Deutsche übersetzt von H. Harders und Dr. Fr. Diederich. 2. Auflage. Preis 40 Pfg.

Joh. Sassenbach, Die heilige Inquisition. Ein Beitrag zur Geschichte der christlichen Religion. 190 Seiten. Preis 60 Pfg.

Hoffmann, Dr. phil. **Ludw.,** Ist Religion Privatsache? Eine Erörterung des Verhältnisses der Sozialdemokratie zum Christentum. (Gegenschrift.) 39 Seiten. Preis 30 Pfg

---

Kochmaschinen

in größter Auswahl, feinster Ausführung, bei vorzüglichster Qualität, empfiehlt zu billigsten Preisen. [1372

Adolf Heine.

Gebrauchte Herde gebe zu jedem annehmbaren Preise ab.

Zwei tüchtige Schuhmacher

für dauernde Arbeit sofort gesucht. [1452

J. Dessauer,
Verkaufshaus für Schuhwaren.

Zur Massenverbreitung empfohlen!

Soeben erschien im Verlage des „Vorwärts":

Der Essener Meineidsprozeß.

Von Dr. Franz Lütgenau.

48 Seiten großoktav. **Preis 15 Pfg.** Porto 5 Pfg.

Weit hinein in die bürgerlichen Kreise hat dieser Prozeß durch seine Einleitung, seinen Verlauf und das Geschworenen-Urteil Aufregung getragen und auch dort offene Mißbilligung gefunden, die in der Schrift durch die Stimmen aus der gegnerischen Presse für spätere Zeiten registriert ist. Erst durch die Schilderung der tiefen Klassenscheidung und Klassengegensätze in der rheinisch-westfälischen Industriehölle, aus denen der Verfasser den Prozeß erklärt, wird dieser verständlich und begreift man es, warum der Staatsanwalt durch den Hinweis auf die Streiks 2c. so offen an die Klasseninstinkte der Geschworenen appellierte. Auf diesem Boden ist auch der **Zeuge Münter** eine typische Erscheinung. Aus den Verhandlungen, denen der Verfasser selber beiwohnte, erbringt er den Beweis für die Unschuld der Verurteilten.

Wir empfehlen die Schrift zur weitesten Verbreitung.

Buchhandlung „Volkswacht".

Druckaufträge aller Art
— ein- und mehrfarbig —
nimmt zu schneller und sauberer Ausführung bei solider Preisnotierung entgegen die
Buchdruckerei der „Volkswacht".

Die Buchhandlung **„Volkswacht"**, Bielefeld, Schulstr. 20, hält folgende Broschüren vorrätig:

Kurt Abel, Vier Wochen Vicewachtmeister. 86 Seiten Preis 1 Mk.

Edmund Miller, früher Hauptmann z. D., Ein Aufschrei mißhandelter Soldaten, deutscher Landeskinder. 60 Seiten. Preis 50 Pfg.

Ernst Frank, Die Sklaven-Aufstände des Altertums. Preis 40 Pfg.

Wilh. Liebknecht, Die Emser Depesche oder Wie Kriege gemacht werden. 3. Auflage. Sehr gediegene Agitationsschrift. 56 Seiten. Preis 30 Pfg.

Als zu Geschenken bei allen Gelegenheiten passend

empfiehlt die Buchhandlung der „Volkswacht", Bielefeld, Schulstraße 20:

Aus dem Klassenkampf

Soziale Gedichte

herausgegeben von Eduard Fuchs, Karl Kaiser, Ernst Klaar.

Preis eleg. geb. 1 Mk. 50 Pfg.

In geschmackvollen Einbänden

Fünf Bände

Deutsche Arbeiter-Dichtung.

Eine Auswahl Lieder und Gedichte deutscher Proletarier.

Von

E. Hasenclever, Frohme, Lepp, Jac. Audorf, Max Kegel, A. Schen u. a.

Preis jedes einzelnen Bändchens 1 Mk.

„Lichtstrahlen der Poesie"

Gedichtsammlung

von

M. Kegel.

Reich illustriert von **O. E. Jan.**

In Prachtband gebunden mit Goldschnitt Mk. 3,50.

Am Montag früh starb nach kurzem Leiden unser langjähriger Mitarbeiter

W. Heitbrink

im Alter von 31 Jahren. [1453*

Sein biederer Charakter und sein Sinn für Wahrheit und Recht werden uns stets in Erinnerung bleiben. Leicht sei ihm die Erde!

Seine Mitarbeiter der Firma Bielefelder Aktien-Gesellschaft vorm. Hengstenberg & Cie.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 4 Juni, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause, Herforderstr. 103 (Hellingskrug) aus statt.

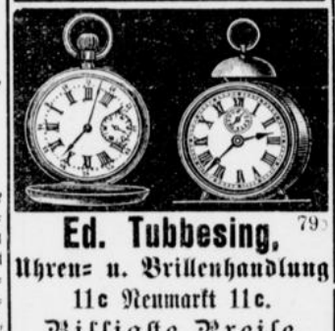
Sozialdemokratischer Verein
für Bielefeld und Umgegend.
Freitag, den 5. Juni, abends 8½ Uhr:

Vorstands-Sitzung

im Lokale des Herrn **Israel.**

Um vollzähliges Erscheinen ersucht

1455] **Der Vorsitzende.**



Ed. Tubbesing, 79
Uhren- u. Brillenhandlung
11c Neumarkt 11c.
Billigste Preise.

Fort mit Soda, Fort mit allem Seifenpulver

Wächter's Bleich- und Reinigungs-Mittel geht allen voran. In allen Staaten patentiert D. R.-P. Nr. 81070. [839

Zu haben für den Haushaltungsgebrauch bei Herrn Kaufmann.

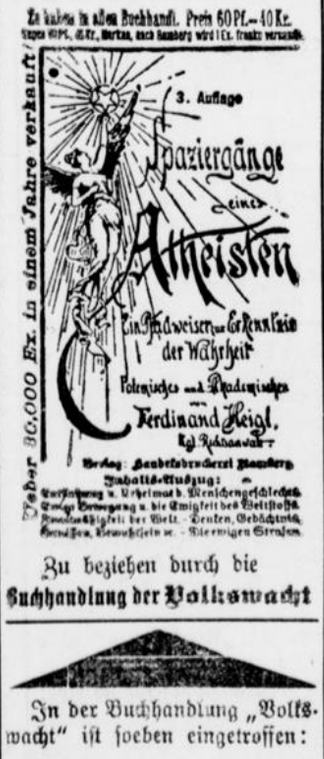
Arnold Fricke.

Avis-
Einladungs-
Eintritts-
Fest-
Geschäfts-
Gratulations-
Kondolenz-
Menu-
Speise-
Visiten-

Karten

liefert in sauberster Ausführung schnell und billig

Buchdruckerei „Volkswacht".



In der Buchhandlung „Volkswacht" ist soeben eingetroffen:

Süddeutscher Postillon

№ 12 (1896)
Preis 10 Pfennige.

Todes-Anzeige.

Am 1. Juni starb nach kurzem Leiden unser langjähriges Mitglied und Genosse

Wilhelm Heitbrink

im fast vollendeten 31. Lebensjahre.

Leicht sei ihm die Erde!

Die Mitglieder des Allgem. Arbeiter-Vereins für Schildesche u. Umgegend.

Amme

gegen hohen Lohn sucht [1418*
Frau Tappe, Bielefeld, Güsenstr. 13.

Gestohlen

ist mir gestern Mittag vor dem Gerichtsgebäude ein **Pneumatik-Fahrrad** Nr. 27831; Kennzeichen: weiße Griffe, Lenkstange nach innen gebogen mit Beulen, Dürkopps Diana ohne Schutzblech und Bremse. [1454

10 Mk. Belohnung demjenigen, welcher den Dieb nachweist, so daß ich mein Eigentum wiedererlangen kann.

F. Niemann jr., Brackwede.



Quittungs-marken

in allen Größen und Farben zum Quittieren der Beiträge für Vereine und Krankenkassen, (bestes Kontrollmittel für Kassierer) liefert in saubersten Ausführung die

Buchdruckerei der „Volkswacht".

Beim

Standesamt Bielefeld

sind eingetragen

vom 26. bis 30. Mai 1896:

Geburten (zusammen 26).

Söhne (15): Schlosser Conrad Gottbrath (Zwillinge), Schieferdecker Adolf Nolte, Zimmermann Wilhelm Reinecke, Schuhmacher Wilh. Schmidt, Commis August Müller, Maurer Franz Müller, Arbeiter Franz Zaplatilek, Arbeiter Wilhelm Mühlenweg, Arbeiter Friedrich Althoff, Arbeiter Heinrich Huning, Arbeiter Heinrich Peterek, Schlosser Wilhelm Meier, Tischlermeister Franz Genth, Maurer Heinrich Girod.

Töchter: (11): Oberpostassistent Friedrich Rappholt, Schuhmacher Wilhelm Finke, Kaufmann Karl Pape, Königl. Eisenbahnsekretär Theodor Delles, Arbeiter Friedrich Obermeyer, Arbeiter Karl Blome, Arbeiter Heinrich Ober, Arbeiter August Diekmann, Maler Albert Hees, Arbeiter Fritz Salmen, Fuhrunternehmer Friedrich Imrecke.

Todesfälle (12):

Arbeiter Wilhelm Wendischhoff, 54 Jahre. Arbeiter Friedrich Repohl, 36 J. Gärtner Friedrich Felsner, 34 J. Witwe Luise Bökenkamp, gen. Bültmann, 74 J. Witwe Katharine Fechtel, 67 J. Ehefrau Karoline Höfe, 38 J. Ida Westphal, 22 J. Emma Pielsticker, 1 Jahr. Emma Seifert, 1 Monat. Heinrich Winkelhage, 23 Tage. Heinrich Gottbrath, 9 Std. Tischler Wilhelm Zimmeck, 25 Jahre.

Aufgebote (6 Paare).

Zuschneider Heinrich Fuhrmann und Johanne Bergmann, Lagergehilfe Wilhelm Hurohl und Minna Fischer, Monteur Eduard Pampus und Johanne Große Bokermann, Seilermeister Otto Fräsdorf und Marie Haring Maurer August Kramme und Wilhelmine Kairinnis, Tischler Gustav Castien und Christine Höner.

Eheschließungen (9 Paare).

Tapezierer August Kirchhoff und Pauline Wittenborn, Kaufmann Karl Pieper und Antonie Pauck, Arbeiter August Holtkamp und Auguste Nebel, Schieferdecker Karl Clemens und Auguste Kruse, Monteur Peter Kuhlen und Emma Rose, Maurer Heinrich Brakstek und Marie Wibbing, Schlosser Heinrich Siebrasse und Auguste Habersiek, Arbeiter Gottlieb Kubbe und Witwe Marie Voß geb. Witte, Arbeiter Ernst Peters und Witwe Marie Klair geb. Becker.

Abonnementspreis
für Bielefeld, sowie bei sämtlichen Agenturen frei ins Haus gebracht 1,80 Mk. vierteljährlich; durch die Post bezogen 1,80 Mk.
Einzelnummer 10 Pfennig.

Erscheint wöchentlich sechsmal als Abendzeitung.

Für die Redaktion verantwortlich **Karl Hoffmann** in Bielefeld.

Nr. 128.

Deutscher

96. Sitzung vom 3

Präsident von Buol eröf

Auf der Tagesordnung ste

des von den Abg. Auer un
entwurfs, das Recht der Ve
das Recht der Koalition betre
Beratung des von den Abg.
Gegenstand betreffenden Gese
der Kommission.

Berichterstatter ist Abgeor

das Wort verzichtet. In der

Abg. Rickert (freis. Vg

Verhandlungen der ersten
welch letztere einen Entwurf
Wünsche befriedige, aber do
halte. Redner bedauert, da
leerer ist, als bei der ersten
den Prozeß Auer zu sprechen
beschämenden Eindruck gemach
der Staatsanwalt seine Worte
die anderen Parteien mit gle
uns andere Parteien besteht
uns selbst zu melden, daß n
Vereinsgesetzes verstoßen h
wirklich ein unverantwortlic
Glück!), daß sie so ungeschi
(zu den Sozialdemokraten),
nicht fortwährend zu Märtyr
links.) Beim Lesen der Ver
Richtern selber die Verhandlu
sie die Empfindung hätten, d
Staatswesens nicht würdig.
Behörden noch rigoros gehan
Gewerkvereine unter Zustimm
politisch erklärt worden (A
Es fragt sich, ob solche Zu
Entwickelung unseres Vaterla
Richter haben, wie gesagt,
das Gesetz veraltet erscheint.
Verhandlungen des Abgeord
Vereinsgesetz beraten wurde
gesagt, die Freiheit ist das
Damals sollte der Treubur
Gesetz machtlos gegen die
Die Regierung hat die P
24 Jahren gegeben worden
Vereinsgesetz einzubringen o

Staatssekretär von Bö

des Abg. Rickert nur zum

Eine B

Roman von

Autorisierte Ueberse

54

Ich habe schon etwa zwo
folgendem Muster an die be
geschrieben:

Geehrter

Sie werden wohl die
wenigen Zeilen davon zu
Franken für die Volksbibli
für den Verein ehemaliger
boise geschenkt habe . . .

Genehmigen Sie 2c. 2c.

Die konservativen Zeitu
sagen gar nichts, und so geht
das Wort in Erfüllung,
Rechte gibt!

Am 10. Juli. — W
gefährlichen Konkurrenten.
des großen Pariser Bazars
Millionär und ebenfalls im
thaten zu überschwemmen.
solcher mit allen Zugmitte
dings stammt er nicht aus
hat er hier ein altes, hi
als Nachfolger der Könige
weist einige Lücken auf.
sein Schloß durch die Repar
Grab der Danaiden sei.
Unterstützung der Verwalt
gemäßigter Radikaler. W
heißt das, daß er eine M
nötig hält, aber daß er sie
auf die Mitte des nächsten